

Schwarze „Evolution“



Foto: APA

WIEN. Ab sofort startet die ÖVP einen Programmprozess – eine „Evolutionbewegung“, wie es Generalsekretär **Gernot Blümel** nannte. Die Vorschläge sollen von der Parteibasis bzw.

von Interessierten kommen. Ziel sei, so Blümel, dass die Partei „weniger“ werde, er wolle sie in Richtung „bürgerlicher Bewegung des 21. Jahrhunderts“ öffnen. Auch um die Optimierung der Parteistrukturen werde es gehen. Abschluss des Reformprozesses soll der Bundesparteitag 2015 sein, zu wichtigen inhaltlichen Fragen kann sich Blümel auch eine Urabstimmung vorstellen. An der Bündestruktur will Blümel nicht rütteln.

Rote Hypo-Petition

LINZ/WIEN. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Hypo Alpe Adria ist nun auch Forderung einer Petition von SP-Basisgruppen an Kanzler Werner Faymann und den SP-Vorstand. Initiatoren der Unterschriftensammlung auf www.petition.rote-basis.at sind die Linzer SP-Sektion des BBRZ „granum humanum“ sowie zwei Sektionen in Wien und Innsbruck. Weitere Forderung ist die Einführung einer Millionärssteuer zur Abdeckung der Hypo-Verluste. Mit der Erfüllung beider Forderungen käme die SPÖ „endlich aus dem Fahrwasser, für ein von der FPÖ Kärnten verschuldetes Desaster die politische Rechnung zu bekommen“, heißt es im Petitionstext.

Was ist die Alternative? Machen wir die Grenzen wieder dicht, gehen wir zurück zum Schilling? Das frage ich die Menschen, die wenigsten wollen das, dann kann man diskutieren. Eine Tragödie ist, wie sehr die Politik es verabsäumt hat, die EU bei jungen Leuten als Chancengemeinschaft darzustellen.

Warum ist für Sie persönlich die EU so wichtig?

Als gut ausgebildete Kärntner Slowenin hab' ich kein Leiberl in Kärnten. Die EU war mein Ticket, ein Leben zu führen, wie ich es wollte, rauszugehen aus Österreich, wo alles parteipolitisch besetzt wird.

Sie plädieren für die Vereinigten Staaten von Europa. Heißt das, Österreich soll seine nationale Souveränität aufgeben?

ZUR PERSON

Angelika Mlinar studiert Jus in Salzburg und Wetzlar, promovierte in Völkerrecht, arbeitete unter anderem in Ljubljana als Projektleiterin im Bereich Justiz und ist nun für die EU-Kommission in Wien. Sie war Generalsekretärin im Rat der Kärntner Sloweninnen.

Das EU-Parlament kehrte von ihrer jahrelangen Atempause zurück. Mlinar übernahm die Leitung der EU-Kommission für die Kärntner Sloweninnen. Sie ist seit der Fusion Neos-Vizechefin.

Kinderbetreuung: Länder

350 Millionen Euro sind im Budget für den Ausbau

Von Jasmin Bürger

WIEN. Familienministerin Sophie Karmasin (VP) ist mit den abgeschlossenen Budgetverhandlungen für ihren Bereich zufrieden: Die bis 2017 geplanten 350 Millionen Euro für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen sind, wie sie gestern mit Finanzminister Michael Spindelegger (VP) bestätigte, fix.

Ebenfalls bereits abgeschlossen hat Karmasin die für die Verteilung des Geldes notwendige 15a-Vereinbarung mit den Ländern. Für Oberösterreich sind 17,5 Prozent der Mittel, also maximal 61,25 Millionen Euro, reserviert. Mussten die Länder bisher die Hälfte der für

neue Plätze erforderlichen übernehmen, gibt es künftig mehr Platz. Bis 2017 sinkt der Anteil auf 35 Prozent. „So sind dafür, dass die zur Verfügung stehenden Mittel auch wirklich ausgebaut werden“, sagte Karmasin.

Tageselternbetreuung gefordert

Gefördert wird künftig nicht nur die Schaffung neuer Betreuungsplätze, unter anderem gibt es für zusätzliche Bewegung oder Hilfskräfte einen Zuschuss. Mehr Flexibilität verspricht Karmasin auch bei der Förderung institutioneller Kinderbetreuung. Für die Betreuung durch Tageseltern gibt es künftig eine Förderung.